

Lehrermangel und nicht ausreichende Lehrerqualifikation: Bündnis 90/ DIE GRÜNEN schlagen Sofortmaßnahmen vor!

Beschluss der BAG Bildung – Dezember 2009

Die Befunde der Klemm-Studie (2009) zeigen, dass trotz sinkender SchülerInnenzahlen bis 2015 jährlich mindestens 10.000 Junglehrerinnen und -lehrer und auch danach immer noch 7.000 jährlich fehlen werden. Die Ergebnisse der Studie von Rauin (2009) belegen darüber hinaus, dass das Studium offensichtlich nach wie vor nur unzureichend auf den erfolgreichen Umgang mit den Belastungen des Lehrberufs vorbereitet. Darüber hinaus ist eine systematische Vorbereitung auf Teamarbeit und den Umgang mit leistungsheterogenen Lerngruppen an den Schulen im Studium heute vielerorts Fehlanzeige.

Eine zukunftsfähige Ausbildung der LehrerInnen ist aber der Schlüssel zu einer Verbesserung der Qualität von Schule. Ohne Reform der Lehrerbildung scheinen ambitionierte Vorhaben, insbesondere eine grundlegende Schulreform, nahezu ausgeschlossen.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN nehmen das zum Anlass, einen Vorschlag zu Diskussion zu stellen, wie

- ,
- und
- .

In der öffentlichen Wahrnehmung gibt es ein facettenreiches Bild des Lehrberufs. Jeder Mensch war bzw. ist in seinem Leben über längere Zeit mit beruflichem Handeln von Lehrerinnen und Lehrern konfrontiert, sei es als Schüler oder Schülerin, sei es als Eltern. Entsprechend ausgeprägt ist das Bild vom Lehrer; es reicht vom verbeamteten, gut bezahlten Halbtagsjobber bis hin zum bewundernswerten Schwerstarbeiter.

Wenn auch die Negativbewertungen in den letzten Jahren eher nachlassen, ist das Ansehen des Berufes in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie beispielsweise Finnland immer noch eher gering.

Das Berufsbild muss nach Auffassung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN geprägt sein von pädagogischen Zielen einer individuellen Förderung aller SchülerInnen, von der Gestaltung eines modernen inklusiven Schulsystems und vor allem davon, wie ein guter an der einzelnen Schülerin und dem einzelnen Schüler orientierter Unterricht aussehen kann.

Die Schule der Zukunft, ist eine Ganztagschule, in der **alle** Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen. Das bedeutet für die Tätigkeit der Lehrerinnen und Lehrer:

- Sie arbeiten in multiprofessionellen Teams; sie erarbeiten gemeinsam Unterrichtssequenzen, Projekte etc. und sie betreuen z.B. eine Jahrgangsguppe gemeinsam.
- Die Lehrerinnen und Lehrer haben ihren Arbeitsplatz in der Schule; sie verantworten gemeinsam den Lernfortschritt ihrer Schülerinnen und Schüler, gestalten entsprechend das Profil ihrer Schule und entwickeln es ständig weiter.

Gerade weil Bildung für unsere Gesellschaft eine so große Bedeutung hat, wollen wir die besten Köpfe für den Lehrberuf gewinnen, wir möchten sie dafür begeistern, die Herausforderung zu ergreifen, die dringenden Reformen mitzugestalten und vor Ort umzusetzen. Gerade für kreative Köpfe ist dies eine spannende Aufgabe.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fordern daher unabhängig von einer grundlegenden Schulreform, an allen Schulen die Bedingungen so zu gestalten, dass Lehrerinnen und Lehrer mit hoher Professionalität

arbeiten können.

- Die **Arbeitszeit** der Lehrer und Lehrerinnen darf nicht mehr starr über ein nach Lehrämtern festgelegtes Stundendeputat definiert werden. Erforderlich sind Arbeitszeitmodelle, die Vorbereitungsintensität, Lerngruppengrößen, besondere pädagogische Probleme, Prüfungen etc., Fortbildungen, Teamzeiten mitberücksichtigen, ohne dass die LehrerInnenarbeit durch absurde Erbsenzählerei belastet wird.
- Der **Arbeitsplatz Schule** ist so zu gestalten, dass Lehrerinnen und Lehrer ihr Potenzial optimal entwickeln und ihren Beruf mit Freude und hohem Engagement ausüben können. Die **Einrichtung von Arbeitsplätzen und von Teamräumen** sind Erfordernisse, die unabhängig von einer Debatte um die Schulstruktur überall erfüllt werden können und erfüllt werden müssen. Hierfür aufzuwendende Ressourcen sind im Vergleich zum Nutzen marginal.
- Dazu gehört auch, dass die Arbeit der Lehrer und Lehrerinnen freigestellt wird von Verwaltungsaufgaben und dass es an den Schulen hierfür genügend Personal gibt. Neben einer pädagogischen Leitung ist z.B. die Einrichtung einer Verwaltungsleitung oder -assistenz denkbar. Dadurch können die Bestrebungen, den Schulen mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung zu geben, nachhaltig unterstützt werden.
- Die Lehrer und Lehrerinnen müssen in die Lage versetzt werden, ihren Unterricht und ihre pädagogische Arbeit den sich wandelnden Erfordernissen der Gesellschaft wie auch den sich verändernden wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen. Dazu bedarf es gut eingebundener Konzepte von Weiterbildung, Organisations- und Personalentwicklung.
- Die Leitung der Schule trägt dafür Sorge, dass Personalentwicklung und Schulentwicklung entsprechend den pädagogischen und gesellschaftlichen Aufgaben in der Region gestaltet werden. Fortbildungsbedarfe werden von der Leitung in Abstimmung mit dem Personal definiert; die Verbindlichkeit der Fortbildung ergibt sich aus den festgelegten Bedarfen.

Die hier genannten Maßnahmen dienen zugleich der Förderung der Gesundheit in der Schule. Damit sind sie geeignet, den Krankenstand beim Lehrpersonal deutlich zu reduzieren. Insofern sind sie in erheblichem Umfang ressourcensparend.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fordern: ein integriertes Arbeitszeitmodell für den Lehrberuf, welches alle pädagogischen Anstrengungen der Lehrer und Lehrerinnen berücksichtigt, eine Verstärkung der schulischen Verwaltungskräfte, um die Lehrer und Lehrerinnen von Verwaltungsaufgaben freizustellen, sowie eine verbindliche und umfassende Verpflichtung zur Weiterbildung.

An jeder Schule sind Arbeitsplätze für das Lehrpersonal einzurichten. Ziel muss es sein, dass alle Lehrerinnen und Lehrer ihre Arbeit weitgehend in der Schule erledigen können und die Zeit zu Hause weitgehend freie Zeit ist ohne berufliche Verpflichtungen.

Die Werbung für den Lehrberuf beginnt bereits in der Schule selber; eine gute Schule kann immer ein attraktives Bild von den dort vorhandenen Arbeitsplätzen vermitteln.

Darüber hinaus sollte spätestens in der gymnasialen Oberstufe aktiv für den Beruf geworben und potenziellen Interessenten das Berufsbild anschaulich vermittelt werden. Gezielt sollten auch Abiturienten und Abiturientinnen (oder andere Studienberechtigte) mit Migrationshintergrund für ein Lehrerstudium gewonnen werden.

Die Lehrtätigkeit in der Schule sollte mehr als bisher für Quereinsteiger möglich sein. Vertreter und Vertreterinnen anderer Berufe, die über für die Schule relevante Fachkompetenzen verfügen, sollten die Möglichkeit haben, unter voller Anrechnung ihrer Fachkompetenzen ein verkürztes Lehramtsstudium zu absolvieren, etwa einen eigens dafür konzipierten Masterstudiengang, der auch berufsbegleitend durchgeführt werden kann.

Der Beruf ist vom Beamtenstatus abzukoppeln. Erforderlich ist auch, das Arbeitsrecht der EU (Grundsatz der freien Berufswahl innerhalb Europas) konsequent anzuwenden und in der EU erworbene

gleichwertige Qualifikationen unbürokratisch anzuerkennen. Lehrerinnen und Lehrer aus anderen EU-Staaten können eine wichtige Bereicherung für die deutschen Schulen sein. Auch Lehrer und Lehrerinnen aus nicht EU-Ländern stellen eine wichtige Bereicherung für unsere Schullandschaft dar. Hier bedarf es geregelter fachspezifischer Überprüfungen und Anerkennungen.

Vor diesem Hintergrund sind die immer noch bestehenden Mobilitätshindernisse für LehrerInnen und Lehramtsabsolventen zwischen den Bundesländern absurd und ein Ausdruck von Kleinstaaterei im Föderalismus. Kleinliche und nicht nachvollziehbare Einstellungshindernisse für Bewerber aus anderen Bundesländern müssen abgeschafft werden.

Dies darf angesichts des Personalmangels allerdings nicht zu einem ruinösen Wettbewerb zwischen den Bundesländern führen. Entsprechende Vereinbarungen in der KMK sind von allen zu respektieren.

Die **Eignung für den Lehrberuf** und ist durch Praxisphasen und intensive Beratung - etwa durch ein intensiv betreutes Orientierungspraktikum bereits im ersten Studienjahr- zu überprüfen gemeinsam mit den Studierenden zu reflektieren.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fordern:

- **systematische Anstrengungen zur Werbung für den Lehrberuf unter Abiturientinnen und Abiturienten**
- **den Abbau von formalen Qualifikationshindernissen für Quereinsteiger und EU-Lehrerinnen und –Lehrer**
- **die Überprüfung der Bindung des Berufes an den Beamtenstatus**
- **Maßnahmen zur rechtzeitigen Überprüfung der persönlichen Eignung für den Beruf.**

Die Reform der LehrerInnenausbildung muss aus Sicht von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vier Bedingungen erfüllen:

- Sie muss die Studierenden frühzeitig mit schulischer Praxis vertraut machen, sie muss in stärkerem Maße auf die didaktischen und pädagogischen Herausforderungen in der Schule vorbereiten und eine Verzahnung zwischen wissenschaftlicher und praktischer Ausbildung gewährleisten.
- Mittelfristig sind Möglichkeiten einer integrierten Lehrerbildung zu überprüfen, mit der Perspektive einer vollständigen Einbindung des Referendariats in das Studium.
- Die Praxisanteile in der Lehrerausbildung müssen signifikant verstärkt werden, dies heißt, dass künftig deutlich mehr Studierende regelmäßig in der Schule tätig sind. Die Studierenden können neue Impulse aus ihrer universitären Ausbildung in die Schulen bringen. Sie unterstützen Lehrerinnen und Lehrer, z.B. bei der Betreuung einzelner Kleingruppen, aber auch einzelner Schülerinnen und Schüler. Der Dialog zwischen anleitenden Lehrerinnen und Lehrern und den Studierenden kann anregend sein und trägt dann auch wesentlich zur Arbeitszufriedenheit bei.
- Die nach Schulformen unterschiedenen Lehrämter sind zu ersetzen durch eine Stufenlehrausbildung: Primarstufe (Jg. 0 – 6), Sekundarstufe I (4 – 10), Sekundarstufe II (10 – 13).

Qualität und Dauer der Ausbildung sind für alle Schulstufen gleich.